

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

21. September 2015

Afghanistan

Sicherheitslage

Die Lage ist unverändert. Erneut kam es zu gezielten Übergriffen auf Vertreter der Regierung, Bombenanschlägen sowie Kämpfen zwischen Aufständischen und Sicherheitskräften.

Kampfhandlungen

Am 15.09.15 starteten die Sicherheitskräfte eine Operation zur Sicherung des Kabul-Jalalabad Highways. Auf dieser viel befahrenen Strecke kommt es häufig zu Überfällen und Entführungen. In der Provinz Paktia (Südosten) kamen bei Kämpfen zwischen Sicherheitskräften und Taliban am 16.09.15 mindestens neun Zivilisten ums Leben. In der südlichen Provinz Uruzgan griffen Hunderte von Taliban-Kämpfern zwei Distrikthauptstädte an. In der Provinz Nangarhar (Osten) läuft eine Militäroperation gegen Kämpfer des „Islamischen Staates“ (IS). Diese sollen Einwohner des Distrikts Achin aus ihren Häusern vertrieben haben. Einwohner des Distrikts Deh Yak der südöstlichen Provinz Ghazni wurden am 20.09.15 von den Taliban aufgefordert, ihre Häuser zu verlassen, um nicht ins Kreuzfeuer zu geraten. Weitere Kämpfe gab es in Helmand (Süden), Farah (Westen), Kunar (Osten), Badakhshan (Nordosten).

Gezielte Angriffe

Am 15.09.15 starben in der Provinz Ghazni (Südosten) mindestens fünf Zivilisten und ein Soldat, als Taliban das Feuer auf ein Fahrzeug eröffneten, in dem neben zwei Soldaten auch mehrere Zivilisten saßen. Am gleichen Tag starben mindestens zwei Zivilisten bei einem Bombenanschlag auf einem Markt in der zentralafghanischen Provinz Kapisa. Am 16.09.15 verübte ein Selbstmordattentäter einen Anschlag auf die Polizeistation in Paghman, einem Vorort Kabuls, und tötete mindestens vier Menschen, darunter einen ranghohen Polizeioffizier. Über 40 Personen wurden verletzt. Ebenfalls am 16.09.15 starben vier Polizisten in Balkh (Norden) als ihr Fahrzeug auf eine versteckte Bombe fuhr. In der südlichen Provinz Uruzgan wurde am 16.09.15 ein Stammesältester von Taliban angegriffen und verletzt. Am 17.09.15 starb in Kandahar (Süden) ein Zivilist bei einem Selbstmordanschlag auf einen Konvoi ausländischer Soldaten. In der südlichen Provinz Uruzgan wurden am 17.09.15 bei einem Angriff der Taliban auf den Polizeichef eines Distrikts ein Polizist getötet und vier weitere verwundet. Am gleichen Tag starb bei einem Hinterhalt der Taliban ein Student, vier weitere wurden verletzt. Am 18.09.15 starben im Distrikt Khak-i-Jabbar der Provinz Kabul vier Zivilisten als ihr Auto auf einen an der Straße versteckten Sprengsatz fuhr, sieben weitere Zivilisten wurden verletzt. Am 19.09.15 wurden in der Provinz Herat (Westen) die Leichen von vier Arbeitern einer Telekommunikationsfirma gefunden. Die Männer waren zuvor von Taliban entführt worden. In Asadabad (Hauptstadt der östlichen Provinz Kunar) starben am 20.09.15 mindestens 28 Zivilisten bei einem Bombenanschlag. Bei einem Selbstmordanschlag in Kandahar (Süden) kamen am gleichen Tag zwei weitere Zivilisten ums Leben.

Schließung von Schulen in Nangarhar

Anhänger des IS erzwangen in den vergangenen Wochen die Schließung von 57 Schulen in den Distrikten Achin, Kot und Dih Bala der östlichen Provinz Nangarhar. Etwa 30.000 Kinder sollen hiervon betroffen sein.

Irak

Menschenrechtsverletzungen

Der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) zufolge hatten schiitische Milizen in Tikrit und in den Nachbarstädten Albu Ajil, al-Alam und al-Dur im Frühjahr 2015 zusammen mit dem irakischen Militär nach der Rückeroberung der Gebiete vom IS mehr als 200 Sunniten entführt und Wohnhäuser und Geschäfte zerstört. Von mindestens 160 Entführten fehle weiterhin jede Spur. Am 18.09.15 habe ein irakischer Offizieller berichtet, die schiitischen Milizen sollten aus Tikrit abziehen und durch Einheiten der Polizei ersetzt werden. Schiitische Milizen gelten als militärisch stärker als die Armee. Sie sollen auch zahlreiche Viertel von Bagdad beherrschen.

Syrien

Neuer Anlauf zur Beendigung des Bürgerkrieges?

Bundesaußenminister Steinmeier und sein US-Kollege Kerry warben bei ihrem Treffen am 20.09.15 in Berlin für einen neuen Anlauf zur Beendigung des Bürgerkrieges in Syrien, der bisher mehr als 250.000 Menschenleben gefordert und 12 Millionen Syrer dazu gebracht hat, aus ihrem Heimatort zu fliehen. Sie sprachen sich dafür aus, die Türkei, Saudi-Arabien, Iran und Russland in Gespräche einzubinden, um eine politische Lösung für die Situation in Syrien zu finden. Steinmeier begrüßte vor dem Hintergrund der jüngsten Berichte über ein verstärktes militärisches Engagement Russlands in Syrien das Gespräch Kerrys mit seinem russischen Kollegen Lawrow. Nach US-Angaben errichtete Russland vor kurzem in der Nähe von Lattakia einen Flughafen und verlegte Panzer, Artillerie und Truppen, aber auch mehrere Kampfflugzeuge nach Syrien. Der russische Außenminister Lawrow bestritt Pläne, die militärische Präsenz in Syrien aufzustocken, und erklärte, die derzeit in Syrien stationierten Soldaten würden lediglich beim Umgang mit russischen Waffen helfen.

Finanzierung des UNHCR soll verbessert werden

Beide Politiker, Kerry und Steinmeier, gaben auch an, sich bei der bevorstehenden UNO-Vollversammlung und im Rahmen der G7-Gruppe um eine Verbesserung der Finanzierung des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR zu bemühen, das 1,8 Milliarden Dollar benötigt, um das Niveau des letzten Jahres zu gewährleisten.

Türkei

Ermittlungen gegen Dogan Media

Am 15.09.15 leitete die türkische Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen die Mediengruppe Dogan Media wegen des Vorwurfs der „terroristischen Propaganda“ ein. Dogan Media ist eine der führenden Mediengruppen des Landes und gibt unter anderem die türkische Tageszeitung „Hürriyet“ heraus. Die Regierung wirft ihr vor, mit der verbotenen PKK zu sympathisieren. Bereits in der vorangegangenen Woche war es zu Übergriffen auf das Redaktionsgebäude der Zeitung in Istanbul durch aufgebrachte AKP-Anhänger gekommen. Die Türkei geht derzeit hart gegen die Presse vor. Eine niederländische Journalistin wurde zuletzt wegen des Vorwurfs der PKK-Propaganda des Landes verwiesen.

Demonstration gegen PKK

Am 20.09.15 demonstrierten in Istanbul Zehntausende unter dem Motto „Millionen Atemzüge eine Stimme gegen den Terror“ gegen die Gewalt von kurdischen Extremisten. Die Veranstaltung wurde von zahlreichen Polizisten bewacht. Es war die bisher größte Kundgebung gegen die PKK in der Türkei. Staatspräsident Erdogan erklärte in seiner Rede auf der Demonstration, es werde nicht gelingen, einen Keil zwischen Kurden und Türken zu treiben, die Türkei habe kein ethnisches, sondern ein Terrorproblem.

Vergangene Woche ging die Armee weiterhin mit Luftangriffen gegen die PKK vor und griff deren Stellungen im Nordirak an.

Israel

Hartes Vorgehen gegen palästinensische Steinwerfer

Der israelische Regierungschef will weitaus härter als bisher gegen Palästinenser vorgehen, die an gewaltsamen Ausschreitungen teilnehmen. Die Regierung habe beschlossen, die Politik zu ändern und jenen, die Steine oder Brandsätze werfen, schießen oder randalieren, „den Krieg erklärt“, sagte Netanjahu am 17.09.15. Man werde die Einsatzregeln für die Sicherheitskräfte verändern und Strafen auch für minderjährige Täter und deren Eltern verschärfen. U.a. werde der Einsatz von Scharfschützen gegen Steinwerfer erwogen, sollten diese eine Lebensgefahr darstellen. Es sollte allerdings nur auf die Beine der Täter gezielt werden dürfen, hieß es. Maskierte Jugendliche hatten am 13.09.15 Polizisten mit Steinen und Feuerwerkskörpern beworfen, als diese die Al-Aqsa Moschee auf dem Tempelberg stürmten, in der sie sich verbarrikadiert hatten. Die Jugendlichen wollten verhindern, dass jüdische Gläubige aus Anlass des jüdischen Neujahrsfests den Tempelberg besuchen. Im Prinzip ist es nur Muslimen erlaubt, auf dem Tempelberg zu beten. Zu bestimmten Anlässen wird die Anhöhe aber auch für jüdische Besucher geöffnet.

Jemen

Exilregierung kehrt nach Aden zurück

Nach einem halben Jahr im Exil in Saudi-Arabien ist die jemenitische Exilregierung in die Hafenstadt Aden zurückgekehrt. Die Regierung habe ihre Büros von Riad nach Aden verlegt, teilte ein Regierungssprecher am 16.09.15 bei der Ankunft von Regierungschef Khaled Bahah und sieben seiner Minister in der provisorischen Hauptstadt mit. Hinweise dafür, dass auch Staatschef Abd Rabbo Mansour Hadi zurückkehrt, gab es vorläufig nicht. Von Aden aus solle nun ein verstärkter Widerstand in Taes organisiert werden, sagte der Sprecher. Die drittgrößte Stadt des Landes wird in Teilen von schiitischen Houthi-Rebellen kontrolliert. Auch Hilfen für die notleidende Bevölkerung im Jemen sollen nun von der Regierung in Aden organisiert werden.

Nahezu 100 Tote nach Luftangriffen

Nach Luftangriffen der saudi-arabischen Militärkoalition auf das Bürgerkriegsland Jemen sind am 11. und 12.09.15 nach Angaben des rebellennahen Gesundheitsministeriums mindestens 95 Menschen ums Leben gekommen. Allein in der Hauptstadt Sanaa seien 57 Menschen gestorben und 130 verwundet worden, hieß es. In der nördlichen Provinz Saada seien 38 Zivilisten gestorben. Das saudisch geführte Militärbündnis kommentierte die Berichte zunächst nicht.

Drohende Flüchtlingsströme

Im verarmten Jemen mit seinen ca. 24 Mio. Einwohnern kamen in den vergangenen Jahren stets rd. 300.000 ausländische Flüchtlinge an, die meisten davon waren Somalier. Nun setzt ein Migrationsstrom in die entgegengesetzte Richtung ein, vom Jemen an das Horn von Afrika. Von dort versuchen viele weiter in den Norden, etwa nach Ägypten, zu gelangen. Es ist eine Frage der Zeit, bis Jemeniten sich auch in die Flüchtlingsströme nach Europa einreihen.

Der Krieg im Jemen, den eine saudisch befehligte Allianz aus der Luft und seit der Einnahme von Aden im Juli auch am Boden gegen die Houthi-Rebellen führt, ist eine humanitäre Katastrophe. Die Opferzahlen gehen nach nur wenigen Monaten Krieg in die Tausende. Die Anzahl der Binnenflüchtlinge beträgt etwa ein-einhalb Millionen, aber die Versorgungslage ist für fast alle mehr als schlecht.

Libanon

Demonstranten fordern Neuwahlen

Am Abend des 20.09.15 demonstrierten tausende Menschen in Beirut für eine vorgezogene Neuwahl des Parlaments. Seit Mitte Juli 2015 kommt es immer wieder zu Protesten gegen die Regierung, deren Auslöser eine Müllkrise war. (Der Abfall türmte sich auf Straßen, Grundstücken und in Flussbetten). Diese Müllkrise weitete sich inzwischen zu einer Staatskrise aus; der gesamten politischen Klasse werden Korruption und Unfähigkeit vorgeworfen. Es handelt sich um die ersten Massenproteste im Libanon, bei denen die Partei- oder Religionszugehörigkeit nicht im Vordergrund steht. Libanon ist politisch gelähmt, das Parlament ge-

spalten zwischen dem Block um Saad Hariri, der von den USA und Saudi-Arabien unterstützt wird, und dem Lager um die Hizbollah, das von Iran und Syrien unterstützt wird.

West- und Zentralafrika

Kinder auf der Flucht vor Boko Haram

Laut Angaben des UN Kinderhilfswerkes UNICEF vom 18.09.15 sind in den Ländern Nigeria, Kamerun, Tschad und Niger über 1,4 Mio. Kinder vor der islamistischen Terrororganisation Boko Haram auf der Flucht. Allein in Nordnigeria wurden etwa 1,2 Mio. Kinder, davon über die Hälfte unter fünf Jahre alt, zu Vertriebenen. In den vergangenen fünf Monaten seien 500.000 Kinder wegen der Angriffe der Terroristen geflohen.

Somalia

Enthauptungen

In der Ortschaft Raaso (Region Hiiran) wurden am 15.09.15 die enthaupteten Körper von drei jungen Männern gefunden. Bei zwei der Toten handelte sich um Brüder, die die al-Shabaab in der Woche zuvor in der Ortschaft Buqaqable unter dem Vorwurf, sie hätten mit den äthiopischen Truppen kooperiert, verhaftet hatte.

Sicherheitslage

Nach Angaben des Gouverneurs der Region Lower Shabelle griffen al-Shabaab-Kämpfer am 18.09.15 den Armeestützpunkt Yaqbariweyne (120 km südwestlich von Mogadischu) an und übernahmen ihn kurzzeitig. Nach Angaben der al-Shabaab kamen dabei 13 somalische Soldaten ums Leben. Inzwischen soll die Armee den Stützpunkt zurückerobert haben. Am 17.09.15 eroberte die al-Shabaab den Militärstützpunkt Janale (ca. 65 km südlich von Mogadischu). Ebenfalls am 17.09.15 wurden in der südsomalischen Hafenstadt Kismayo mindestens drei Soldaten bei der Explosion einer Bombe getötet, zehn verwundet. Für den Anschlag übernahm die al-Shabaab die Verantwortung. Am 16.09.15 griffen al-Shabaab-Kämpfer nahe Beledweyne (Region Hiiran) den Fahrzeug-Konvoi von zwei Mitgliedern des Parlaments an. Die Sicherheitseskorte der somalischen Armee tötete sechs Angreifer.

Ein Sprecher der gemäßigt-islamistischen Miliz Ahlu Sunna wal-Jamaa (ASWJ) erklärte am 16.09.15, die ASWJ werde gegen Galmudug Krieg führen und ihre Offensive mit der Rückeroberung der Städte Abudwak und Adaaco beginnen. Die Regierung von Galmudug bemüht sich seit Jahren bei der somalischen Regierung um die Anerkennung als autonomer Bundesstaat. In Abudwak befindet sich das Hauptquartier der gegen die al-Shabaab kämpfenden ASWJ (vgl. BN v. 31.08.15).

Äthiopien

Äthiopischer Rebellenführer ergibt sich der sudanesischen Armee

Rund 800 Rebellen der äthiopischen Tigray People's Democratic Movement (TPDM) unter Führung von General Mola Asgedom sollen nach Angaben der Sudan Tribune vom 14.09.15 die eritreisch-sudanesisch-äthiopische Grenze überquert und sich dort dem Militär ergeben haben. Vorausgegangen seien Kämpfe zwischen der TPDM und der eritreischen Armee. Sieben Rebellen sollen getötet worden sein. Aus äthiopischen Kreisen hieß es, die Rebellen würden nach Äthiopien zurückkehren. Dies sei in geheimen Gesprächen mit der TPDM-Führung so vereinbart worden.

Der Vorfall überrascht, da die TPDM bislang mit Billigung der eritreischen Regierung von Eritrea aus seit rund 14 Jahren mit Waffengewalt für die Unabhängigkeit der äthiopischen Region Tigray kämpfte. Äthiopien und Eritrea werfen sich seit Jahren gegenseitig die Unterstützung von militanten Gruppen vor. Die eritreische Regierung hat auf die Berichte nicht reagiert.



Kenia

Bericht: Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte

In einem am 15.09.15 veröffentlichten Bericht dokumentiert Kenias nationale Menschenrechtskommission KNCHR mehr als 120 schwere Fälle von Menschenrechtsverletzungen, die Sicherheitskräfte des Landes in Kampf gegen Terrorismus seit 2013 begingen, darunter 25 extralegale Tötungen und 81 Fälle von Verschwindenlassen. Die Verletzungen, zu denen auch willkürliche Festnahmen, Erpressung und Folter zählten, seien weit verbreitet, systematisch und gut koordiniert. Betroffen seien Einzelpersonen und Gruppen, die mit Terrorakten in verschiedenen Landesteilen in Verbindung gebracht würden.

Burkina Faso

Putsch durch Präsidentengarde

Am 16.09.15 stürmten Angehörige der Präsidentengarde (Régiment de sécurité présidentielle - RSP) in der Hauptstadt Ouagadougou im Präsidentenpalast die Sitzung der Übergangsregierung. Übergangspräsident Kafando, Premierminister Zida und zwei Minister wurden verhaftet. Am 17.09.15 gab ein Militärsprecher die Amtsenthebung von Präsident Kafando und die Auflösung der Regierung bekannt. Ferner verkündete er die Bildung eines „Nationalen Rates für Demokratie“. Zu dessen Präsidenten wurde General Gilbert Diendéré ernannt. Dieser begründete den Putsch damit, das unter der Übergangsregierung beschlossene Wahlgesetz habe Unterstützer des früheren Staatspräsidenten Campaoré als Kandidaten für die am 11.10.15 angesetzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ausgeschlossen. Unmittelbarer Auslöser des Putsches sei die in einem am 21.09.15 veröffentlichten Bericht einer Wahrheits- und Versöhnungskommission enthaltene Empfehlung gewesen, die RSP aufzulösen. Laut Angaben des Militärrates vom 18.09.15 wurden mit Ausnahme von Premierminister Zida (weiterhin Hausarrest) die von den Putschisten verhafteten o.g. Personen wieder freigelassen.

Am 18.09.15 reisten der Vorsitzende der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS), Senegals Staatschef Macky Sall, sowie Benins Präsident Thomas Boni Yayi zu Vermittlungsgesprächen nach Ouagadougou. Laut ihren Angaben sei es nicht gelungen, wieder eine Zivilregierung zu installieren. Sall will einen bisher nicht unterzeichneten Entwurf der Verhandlungsergebnisse am 22.09.15 auf einem Sondergipfel der Ecowas präsentieren.

General Gilbert Diendéré fungierte während der Herrschaft des nach Massenprotesten im Oktober 2014 gestürzten Präsidenten Campaoré jahrzehntelang als Geheimdienstchef und Kommandeur der RSP.

Tote bei Demonstrationen gegen Militärrat

Trotz massiver Militärpräsenz auf den Straßen von Ouagadougou kam es am 17.09.15 zu gewalttätigen Protesten gegen den Militärputsch. Die Demonstranten forderten die Freilassung des verhafteten Staatspräsidenten und der Regierungsmitglieder sowie die Abhaltung der für den 11.10.15 geplanten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Soldaten schlugen die Proteste nieder. Seit dem Putsch sollen bei gewaltsamen Protesten auf den Straßen mindestens zehn Personen getötet und über Hundert verletzt worden sein.

Kamerun

Mindestens fünf Tote bei zwei Selbstmordanschlägen

Am 20.09.15 wurden bei zwei Selbstmordanschlägen in der an der Grenze zu Nigeria gelegenen Stadt Mora (Region Extrême-Nord) mindestens fünf Menschen getötet. Die der Boko Haram zugeschriebenen Anschläge ereigneten sich im Stadtviertel Galdi am Eingang zur Stadt.

Seit Juli 15 starben bei Selbstmordanschlägen der Boko Haram in der Region etwa 100 Menschen.

Nigeria

Bombenanschläge in Maiduguri

Laut Armeeangaben explodierten am 20.09.15 in Maiduguri in den Stadtvierteln Gomari und Ajilari zeitgleich drei Bomben. Für die Anschläge, bei denen mindestens acht Menschen getötet worden sein sollen, wird die Terrororganisation Boko Haram verantwortlich gemacht.

90 Menschen aus der Gewalt der Boko Haram befreit

Laut Armeeangaben vom 18.09.15 gelang es Soldaten am 17.09.15 in den beiden Dörfern Dissa und Balazala (Bundesstaat Maiduguri, Gwoza Local Government Area) 23 Männer, 33 Frauen und 34 Kinder aus der Gewalt der Terrororganisation Boko Haram zu befreien.

Serbien

Situation an der serbisch-ungarischen Grenze

Am 20.09.15 öffnete Ungarn nach Abstimmung mit den serbischen Behörden den seit 15.09.15 gesperrten Hauptgrenzübergang Rözske-Horgos 1 (s. BN v. 14.09.15). Am kleineren nahe gelegenen Grenzübergang Horgos 2 soll zukünftig das Einreiseverfahren für Flüchtlinge abgewickelt werden. Die Schließung des letzten freien Grenzübergangs bei Rözske in der Nacht zum 15.09.15 und das verschärfte Grenzverhalten an der ungarisch-serbischen Grenze führten dazu, dass sich der Flüchtlingsstrom Richtung Kroatien verlagerte. Hunderte Flüchtlinge protestierten gegen die Abriegelungspolitik. Nach und nach schloss auch Kroatien sieben von acht Grenzübergängen zu Serbien, weil es sich dem Aufkommen nicht gewachsen sah. Kroatiens Regierung hatte am 18.09.15 erklärt, es könne die 17.000 Flüchtlinge, die binnen weniger Tage angekommen seien, nicht registrieren.

Montenegro

Montenegro plant NATO-Beitritt

Am 16.09.15 hat das Parlament eine Resolution zum NATO-Beitritt verabschiedet. Bereits am 14.09.15 hatte US-Vizepräsident Joe Biden Ministerpräsident Milo Dukanović zugesichert, den NATO-Beitritt des Balkanlandes auf dem Treffen der NATO-Außenminister im Dezember zu unterstützen.

China

Aktivist freigelassen

Die Behörden entließen am 15.09.15 den Aktivist Guo Yushan gegen Kautions aus der Haft. Guo hatte 2012 dem blinden Bürgerrechtler Chen Guangcheng auf seiner Flucht aus dem Hausarrest in die Pekinger US-Botschaft geholfen. Chen hatte nach diplomatischen Verwicklungen zwischen China und den USA in die USA ausreisen dürfen, während mehrere seiner Unterstützer Ziel staatlicher Maßnahmen wurden (vgl. BN v. 07.05.12). Der nun freigelassene Guo war im Oktober 2014 wegen „illegaler geschäftlicher Aktivitäten“ festgenommen worden.

Nepal

Neue Verfassung

Das nepalesische Parlament hat mit großer Mehrheit eine neue Verfassung verabschiedet. Fünf Sechstel der Abgeordneten stimmten für die insgesamt rund 300 Artikel. Die Verfassung ersetzt die seit dem Ende des Bürgerkriegs im Jahr 2006 geltende Übergangsverfassung, in deren Folge auch die Monarchie abgeschafft wurde. Verankert wurde nun die Trennung von Kirche und Staat, wogegen Teile der Hindu-Mehrheit protestiert hatten. Etwa 81 Prozent der Nepalesen sind Hindus, neun Prozent Buddhisten und vier Prozent Musli-

me. Einige ethnische Gruppen (Tharu, Madhesi) wehrten sich auch gegen die Grenzziehung und die Größe der sieben föderalen Provinzen, in die das Land nun aufgeteilt wird. Die Abstimmung fand unter erhöhten Sicherheitsvorkehrungen statt. In den vergangenen Wochen hatte es massive Proteste gegeben, bei denen 40 Menschen starben.

Pakistan

Angriff auf Luftwaffenstützpunkt

Am 18.09.15 griffen Kämpfer der Taliban einen Stützpunkt der pakistanischen Luftwaffe in der Nähe von Peshawar (Provinz Khyber-Pakhtunkhwa) an. Dabei sollen mindestens 30 Menschen getötet worden sein.

Sri Lanka

UN-Bericht zum Krieg in Sri Lanka - Kriegsverbrechen auf beiden Seiten

Im Bürgerkrieg in Sri Lanka sind laut einem am 16.09.15 veröffentlichten UN-Bericht „sehr wahrscheinlich“ Kriegsverbrechen begangen worden. Das gelte sowohl für die tamilischen Rebellen der Liberation Tamil Tigers of Eelam (LTTE) als auch für die Streitkräfte. Die UN empfiehlt ein internationales Sondertribunal, um die Verbrechen aufzuklären. Ein Ansinnen, das die Regierung von Präsident Maithripala Sirisena jedoch ablehnt. Stattdessen hatte Außenminister Samaraweera zwei Tage zuvor angekündigt, sein Land wolle eine Wahrheitskommission zur Aufarbeitung der Vergangenheit nach dem Vorbild Südafrikas einrichten. Zudem sei ein Büro geplant, das Forderungen nach Kriegsreparationen nachgehen solle. Tausende Tamilen beklagen den Verlust von Angehörigen, verloren ihre Häuser und waren zur Flucht gezwungen.

Der mehr als ein Vierteljahrhundert andauernde Bürgerkrieg endete im Mai 2009, als die Armee den Aufstand der LTTE mit aller Härte niederschlug. Allein in den letzten Monaten des Krieges sind nach früheren UN-Schätzungen bis zu 40.000 Zivilisten ums Leben gekommen. In dem neuen Bericht ist die Rede von der Bombardierung von extra eingerichteten Sicherheitszonen, Folter, systematischer sexueller Gewalt und der Zwangsrekrutierung von Kindern. Etliche Menschen seien verschwunden, viele davon wahrscheinlich nachdem sie sich der Armee ergeben hätten.